

**Zu Faschismus und Antifaschismus und zur Kriegsgefahr in der Etappe des heutigen Imperialismus;
zur Programmatik der AfD; zu ihrer Rolle in der deutschen Politik und den herrschenden Medien
Referat 6.4.24 Wuppertal**

1. „Alle gegen Faschismus“?

In den letzten Wochen haben wir eine Welle von Demonstrationen erlebt, auf denen gegen "rechts" und angeblich „gegen Faschismus“ „gekämpft" wird. Was „rechts“ und was „Faschismus“ heute bedeutet, und was dementsprechend Antifaschismus beinhalten muss, wird dabei kaum definiert. Mobilisiert wird weitgehend irrational und moralisch, auch scheinmoralisch, und fast ausschließlich gegen die AfD. Aber eine konkrete Auseinandersetzung mit dem Programm und den Zielen der AfD und ihren Widersprüchen findet - abgesehen von deren rassistischen und teilweise völkischen Positionen – kaum statt. Von Aufrüstung und Krieg oder gar Imperialismus ist auf diesen, deshalb auch eher wohlfeilen, Demos kaum die Rede - sofern Diskussionen darüber nicht geradezu unterdrückt werden. So kann sich jede/jeder mit ihrer/seiner Teilnahme und Empörung auch irgendwie bestätigt um nicht zu sagen wohl fühlen.

Wir sehen uns einer angeblich antifaschistische "Einheitsfront" ausgesetzt: „Alle gegen Faschismus“; einem ganz großen Bündnis von Ampel-Regierung über CDU, Steinmeier, Verfassungsschutz, und einschließlich von Monopolunternehmen - allen voran gerade die multinational aufgestellten! - und von Gewerkschaftsführungen; ja bis zu offenen BefürworterInnen von imperialistischen Waffenlieferungen für die "Demokratien" in der Ukraine und in Israel. All das wird begleitet von einem betäubenden Unterstützungskonzert in den im Übrigen pro-imperialistisch gleichgeschalteten deutschen Medien. Wir müssen versuchen, tatsächliche essentielle antifaschistischen Positionen, v.a. und gerade gegen Aufrüstung und aktuelle Kriegstreiberei, zu Gehör zu bringen. Denn es ist offenkundig, dass mit dieser angeblich antifaschistischen "Einheitsfront" auch und gerade von dem gegenwärtigen reaktionär-militaristischen Umbau bzw. der tatsächlich maßlose Aufrüstung und Kriegstreiberei in Deutschland abgelenkt bzw. diese noch als angeblich "antifaschistisch" legitimiert werden sollen!

Parallel dazu werden unter dem Vorwand des "Kampfs gegen rechts" Meinungsfreiheits- und Versammlungsrechte massiv eingeschränkt. Verschärfungen wurden bereits verabschiedet: etwa in § 130 StGB (zu „Volksverhetzung“) und zu § 140 StGB (zur „Billigung von Straftaten“ - dagegen stimmten im Bundestag neben der Linken nur die AfD!). Weitere Einschränkungen demokratischer Grundrechte sind geplant. Alle Register der Diffamierung, auch in den Medien und in Bildungsinstitutionen werden gezogen, keineswegs nur gegenüber der AfD. Letztlich wird sich dies alles nicht so sehr gegen die AfD richten, sondern v.a. gegen alle KriegsgegnerInnen, antiimperialistischen Kräfte und die wirklichen AntifaschistInnen und AntiimperialistInnen!

2. Faschismusbegriff

Marxistisch verstehe ich unter „Faschismus“ nicht einfach jede durch Gewalt, Terror, Gleichschaltung und Missachtung aller individueller Freiheitsrechte gekennzeichnete Herrschaftsform, sondern eine solche, derer sich das Monopolkapital bedient, um - wenn nötig und v.a. in Krisenzeiten und zur Durchführung von Kriegen -, Widerstand zu brechen und letztlich auch eine Wende zum Sozialismus hin zu verhindern, und alle für diesen eintretenden Kräfte zu vernichten.

Für den deutschen Faschismus war zudem - ganz in der Tradition des damals herrschen-den deutschen Monopolkapitals und seines Imperialismus schon vor und im 1. Weltkrieg - kennzeichnend, dass seine

Aggression sich nicht nur nach innen richtete, sondern vor allem dem Krieg gegen den Osten und die UdSSR diene, einschließlich der Eroberung von Land und der Vernichtung „minderwertiger“ Menschen und Völker dort. Gerade dies wird derzeit weitgehend ausgeblendet.

3. Faschismus/Antifaschismus sind heute nicht mehr nur deutsch- bzw. euro-zentriert zu verstehen sondern parallel zum globalen Kampf zwischen Imperialismus und Antiimperialismus.

Unsere historischen Erkenntnisse und Erfahrungen können wir jedoch heute nicht einfach schematisch übernehmen sondern müssen sie aufgrund der veränderten Verhältnisse fortschreiben. Die Situation hat sich gegenüber 1933 und auch 1945 in entscheidenden Punkten verändert:

Wir leben in einer "Etappe, in der noch über längere Zeit Imperialismus, Kapitalismus, Antiimperialismus und sozialistischer Aufbau koexistieren werden" (siehe dazu auch Patrik Köbele, Referat auf der 3. PV.-Tagung der DKP, UZ. 29.09.2024). In dieser Etappe dominiert anders als 1933 und 1945 im Lager des Imperialismus derzeit nur noch *eine* imperialistische Hauptmacht - eben die USA. Andererseits hat sich aber - ebenfalls anders als damals und auch 1990 nach dem Zerfall der SU - zwischenzeitlich mit der VR China doch wieder eine sozialistische Hauptmacht, bzw. eine antiimperialistische Hauptmacht "in Richtung Sozialismus", so etablieren und behaupten können, dass sie derzeit ohne einen großen Krieg wohl nicht mehr aus der Welt geschafft werden kann.

Gerade letzteres ist aber in der jetzigen Etappe nach wie vor das verzweifelte Hauptziel des globalen Imperialismus. Er schreckt dabei wie schon in der Vergangenheit vor Millionen Opfern in aller Welt nicht zurück. Ich nenne stichwort- und beispielhaft allein die von ihm seit 1945 provozierten bzw. direkt oder indirekt geführten Kriege und Putsch in Korea (1950), Iran (1953), Vietnam, Laos und Kambodscha (1955-1973), Indonesien (1965), Kongo (seit 1965), Chile (1973), Grenada (1983), Panama (1989), Somalia (seit 1992), Ruanda (1994), Jugoslawien bzw. Serbien (1999), Afghanistan (2001- 2021), Irak (seit 2003), Libyen (seit 2011), Syrien (seit 2014), Yemen (seit 2014), Ukraine (seit 2014 offen; militärische Zusammenarbeit bereits seit 1993), Israel/Palästina (seit den 1960ern bis zum derzeitigen Gemetzel in Gaza) - ganz abgesehen von der Destabilisierung von Staaten und der Verheerung von Völkern auch in anderen Ländern der Welt. Meine Freunde und meine Familie haben dies auch persönlich bspw. im Nahen Osten erlebt.

4. Faschismus als Teil einer imperialistischen globalen Herrschaftsform mit Doppelcharakter

Angesichts dieser vom Imperialismus - im Übrigen in Fortschreibung der alten westlichen nationalstaatlichen Kolonialismen - in den vergangenen Jahrzehnten global begangenen und bis heute anhaltenden *gegenwärtigen* Verbrechen ist „Faschismus“ m.E. daher heute auch *global* zu begreifen: nämlich als kombinierter Teil einer *globalen Herrschaftsform mit Doppelcharakter*. Mit dieser sollen nicht nur die nationalen Arbeiterklassen niedergehalten und auch bestochen werden, sondern v.a. auch global die U.S.-geführte imperialistische Dominanz um jeden Preis aufrecht erhalten und alle antiimperialistischen Kräfte unterdrückt bzw. vernichtet werden.

Dabei kommen die USA selbst bzw. die mit ihnen „verbündeten“ entwickelten westlichen Länder und Führungen bzw. deren Monopolkapitale, darunter insbesondere auch in Deutschland, *im Innern* derzeit noch traditionell „konservativ“, und „liberal“ bzw. „modern“ „grün“ oder „gesellschaftlich links“ daher. Denn sie sind *hier* (noch?) nicht auf faschistische Herrschaftsformen angewiesen.

Dies ändert aber nichts daran, dass *zugleich und damit kombiniert* die ausgebeuteten Völker in den Ländern und Staaten des "globalen Südens" *ggf. auch faschistisch* unterdrückt, gemordet und verheert werden.

„Faschistische“ bzw. auch „antifaschistische“ Kräfte dürfen deshalb heute nicht nur bzw. in erster Linie „euro- oder gar Deutschland-zentriert“ und vordergründig historisch begriffen und bestimmt werden, sondern vielmehr auch unter einem *globalen imperialistischen bzw. antiimperialistischen Blickwinkel* und entsprechend der Rolle, die sie in diesem veränderten Zusammenhang konkret spielen .

5. legitime antiimperialistische nationale Ziele

Die veränderte Imperialismus/Antiimperialismus-Konstellation führt weiter auch dazu, dass - abgesehen von den ausgebeuteten und verheerten Ländern und Völkern des globalen Südens - *auch innerhalb des imperialistischen Lagers selbst* die noch mit den USA "verbündeten", derzeit nachrangig-imperialistischen Länder, darunter auch Deutschland, ihrerseits vom US-Imperialismus immer mehr relativ ausgebeutet und missbraucht werden. Auch auf dieser Ebene verschärfen sich also die Widersprüche national und international; und auch im Verhältnis zwischen den USA und ihren „Verbündeten“.

Dies bedeutet u.a. auch, dass wir *nationale Interessen und Ziele, darunter aktuell auch anti-imperialistische, neu bestimmen müssen!* Solche werden von der AfD u.a. aufgegriffen, auch wenn sie dazu keineswegs wirkliche Lösungen anbietet. Jedoch genügen dazu *von unserer Seite* heute nicht mehr nur denunziatorische Schlagworte wie "Nationalismus“, Chauvinismus", „Völkisches Gedankengut“ usw.! Solche *legitime aktuelle nationale* Ziele sind heute gefährdet bspw. durch:

- Die Entfremdung der deutschen Kultur, einschließlich der Unterhaltungskultur; die Verhunzung von Sprache und Bewusstsein durch die allgegenwärtigen markt- und konsumgängigen Amerikanismen;
- insbesondere die Gefährdung und Zerstörung von Produktivkräften und von Arbeitsplätzen in Deutschland durch die Vormacht der konkurrierenden US.-basierten Monopole;
- die Unterminierung der nationalen Energiebasis;
- die Gefährdung der auch national überlebenswichtigen notwendigen Umwelt- und Klimaziele (zu denen die AfD allerdings bspw. überhaupt schweigt).
- Die Degradierung Europas und gerade Deutschlands durch die imperialistische US.- politische und Militärstrategie zu Erfüllungsgehilfen für globale Aggressionen in ihrem Interesse insbesondere in Osteuropa, im Nahen Osten und sogar im Pazifik; und auch zu möglichen Arenen von Stellvertreter-Kriegen - bis hin zu Nuklearkriegen! -, v.a. in Richtung Russland und Osteuropa.
- Zugleich werden auch in Deutschland durch die Kosten der pro-NATO bzw. pro US.-Aufrüstung und Kriegstreiberei Wohlstand, soziale Entwicklung und Bildungswesen unterminiert.

Wenn wir glaubwürdig antifaschistische Politik betreiben wollen, dürfen wir diese heute legitimen auch nationalen Ziele und Widersprüche nicht länger ausblenden bzw. gerade der AfD überlassen!

6. Programmatik der AfD; Vergleich zu Politik von Ampel und CDU; AfD derzeit nicht Hauptbasis der imperialistischen Monopolkapitale; auch nicht des deutschen; von wem geht konkrete Kriegsgefahr aus? Was bedeutet all dies unter den veränderten Bedingungen des vorrangig antiimperialistischen Kampfes auch für den Kampf gegen den Faschismus heute konkret? Und wie sollen wir es denn nun konkret mit

der AfD halten?

Sicher sind deren Programm ebenso wie die Ansichten ihrer Protagonisten und Anhänger in hohem Maße widersprüchlich und schon deshalb gefährlich - ganz abgesehen von dem rassistischen Potential, das allerdings in der derzeitigen Form kaum mit den heutigen Interessen der international operierenden Monopolkapitale einschließlich der deutschen korrespondiert.

Die AfD bekennt sich grundsätzlich "zur Freiheit" des Kapitalismus in einer "sozialen Marktwirtschaft".

Dabei unterstützen ihre Forderungen in der Gesamttendenz konkret v.a. den "Mittelstand" bzw. das nationale und eher nicht-monopolistische Kapital. Und sicher bieten ihr Programm und ihre Gefolgschaft auch insoweit die Möglichkeit, dass sie künftig weiter in jede Form einer aggressiven imperialistischen Herrschaft, wenn möglich auch unter deutscher "Führung", eingebettet wird.

Aber derzeit sind es doch v.a. die Führungen der Grünen, der FDP und der CDU/CSU, sowie auch der SPD samt Teilen der Gewerkschaftsführung, die willfährig dafür aktuell bereits eingebettet worden sind! Sie sind doch in Deutschland heute gerade zu den Trägern des oben beschriebenen gegenwärtigen reaktionär-militaristischen Umbaus bzw. der tatsächlich bereits laufenden maßlose Aufrüstung und Kriegstreiberei geworden; einschließlich von psychologischer Kriegsertüchtigung; der Gleichschaltung der Medien und Bildungsinstitutionen; sowie dem Abbau von Grundrechten. Zugleich wirken im Rahmen der oben definierten „globalen Herrschaftsform mit Doppelcharakter“ des Imperialismus heute doch gerade sie bereits aktiv an der Ausbeutung und an den Blutbädern in aller Welt mit, ganz konkret bspw. in der Ukraine, in Israel/Palästina und im Yemen. Dabei kaschieren gerade sie dies alles auch noch in perverser Weise „moralisch“ mit der angeblichen Verteidigung von Freiheit, individuellen Werten und Menschenrechten in aller Welt - bis hin zum angeblichen „Kampf gegen den Faschismus“!

Demgegenüber vertritt die AfD derzeit *objektiv* immerhin auch wichtige antiimperialistische Positionen: Gegen den Krieg gegen Russland und Waffen für die Ukraine. Grundsätzlich gegen Nato-Einsätze außerhalb der Nato. Gegen die US.-geführten imperialistischen Sanktionen in aller Welt. Andererseits bisher auch konstant: Für eine verstärkte Kooperation mit China, BRICS und Russland!

Außerdem: Warum eigentlich sind in der VR China derzeit gerade die grünen deutschen FührerInnen geächtet? Während - neben Sevim Dagdelen – bspw. auch Weidel und Co. im Juni 2023 offiziell im chinesischen Außenministerium empfangen wurden?

Mit alledem müssen wir doch konkret umgehen, und dürfen es nicht einfach bei unseren historisch-„richtigen“ antifaschistischen und antiimperialistischen Analysen belassen!

GenossInnen mögen noch entgegenhalten, dass im Hinblick auf den nach wie vor virulenten speziellen deutschen Monopolkapitalismus und seinen v.a. nach Osteuropa gerichteten Imperialismus aufgrund der deutschen Geschichte doch gerade das deutsche Monopolkapital der Hauptfeind und Klassegegner ist und bleibt bzw. dass insoweit die AfD die Hauptgefahr darstelle. Dies trifft m.E. nur bedingt zu. Wie oben ausgeführt geht jedenfalls *gegenwärtig* die Hauptgefahr für die Zerstörung des im Aufbau befindlichen Sozialismus, für die völlige Destabilisierung der Welt und für Krieg vom US.-geführten Imperialismus aus und all seinen derzeitigen transatlantischen Handlangern, gerade auch in Berlin.

Für die weitere historische Entwicklung und dialektisch gesehen gilt außerdem: Für den Fall, dass es gelingt, den derzeitigen US.-geführten globalen Imperialismus einzudämmen und einen 3. Weltkrieg zu verhindern sowie den bereits entstehenden Sozialismus zu erhalten - ist nicht zu erwarten, dass

anschließend einfach der deutsche Imperialismus seine ökonomisch-militärische und ggf. faschistische Dominanz in Europa und darüber hinaus wie früher wiederaufnehmen kann.

Er würde durch eine solche Entwicklung doch mit geschwächt! Auch die anderen europäischen Länder einschließlich der von ihm dominierten EU würden sich eine solche Dominanz kaum noch einmal und alternativlos gefallen lassen. Dagegen spricht vor allem ja der weiter laufende historische Prozess des Übergangs zum Sozialismus; der Aufstieg bspw. der BRICS-Länder; und nicht zuletzt v.a. eben die erstarkte Macht des VR und damit des realen Aufbau zum Sozialismus.

7. Diskussion suchen

Wenn wir weiter auch mit SPD, CDU und sogar den Grünen diskutieren (und diskutieren müssen!), stellt sich die Frage, warum wir ausgerechnet nur die AfD ausgrenzen und uns undifferenziert an ihrer durchsichtigen generellen Diffamierung beteiligen sollten. Moralische, bzw. auch scheinmoralische, oder historische Begründungen tragen dafür politisch-strategisch nicht.

Sollten wir nicht stattdessen die Diskussion mit AfD-Anhängen geradezu suchen, ggf. auch mit ihren Führungen, und uns dabei mit ihren Positionen - einschließlich der berechtigten Forderungen – kritisch auseinandersetzen?

Und v.a. versuchen, immer darauf hinzuweisen und klarzumachen, dass dort, wo sie berechnete Forderungen, auch nationale, vertreten, diese letztlich nur gegen die imperialistischen Monopolkapitale und letztlich nur durch einen Übergang zum Sozialismus verwirklicht werden können?

Aktuelle Quellen:

AfD:

Grundsatzprogramm 30.04./1.5.2016;

Kurzprogramm im internet;

Leitantrag Juli/August 2023 Magdeburg zu Europawahlen 2024;

Wahlprogramm zu BT-Wahl 2021;

Wahlprogramme zu LT-Wahlen Hessen und Bayern 2023; verschiedene Einzelstatements;

Höcke-Rede Gera 3.10.22 in Gera;

Aktuelle Mitteilungen auf www.afd.de

Analysen von VVN in antifa seit Nov. 2022:

insbesondere

Thomas Willms, „Der Schwarze Oktober“, über Bernd Höckes Rede in Gera zum 3.10.2022, antifa Okt./Nov. 2022;

Thomas Willms, Zehn Schwachstellen der AfD, antifa Jan./Feb. 2024;

jüngere Einzelbeiträge zu Faschismus und Antifaschismus (chronologisch):

Stefano G. Azarrà, Der absolute Liberalismus, junge welt 23.09.2023;

Johannes Schillo, Hermeneutik des Verdachts, junge welt 20.12.2023;

Luca Stüven, Krise als Basis des Rechtsrucks, junge welt 9.1.2024;

Zaklin Nastic´, Politische Leerstelle - der AfD muss endlich das Wasser abgegraben werden; und

Gerd Wiegel, Die Entwicklung des Kapitalismus begünstigt die AfD; Interview durch Karim Natour;

beides: junge welt 10.1.2024;

Herbert Münchow, Faschismus ante portas?, Besprechung zu: Ekkehard Lieberam, 100 Jahre Faschismusdebatte, UZ 5.01.2024;

Jürgen Lloyd, Rechts verbündet, junge welt 17.01.2024! und

Finden, aufklären, organisieren, junge welt 18.01.2024;

Ursula Vogt, Der Charakter des Faschismus, UZ 23.02.2024;

zu Imperialismus und Antiimperialismus aktuell:

Torkil Lauesen, »Die treibende Kraft wird der globale Süden sein« über den neoliberalen Kapitalismus, die neue Weltordnung und sozialistische Perspektiven auf Transformation; Interview durch Karim Natour, junge welt 2.12.2023;

Hartmut König, „Moralische Tarnkappe“, Besprechung des Buchs von Michael Lüders, Moral über alles, UZ 2.02.2024.

ggf. Anhang: Zum AfD-Programm im Einzelnen

Anhang: Zur AfD Programmtik im Einzelnen

Demokratie, Rechtsstaat

Kritik an parlamentarischer Demokratie; an Eigenmächtigkeit der Politiker; an Lobbyismus. Statt dessen Forderung nach mehr „direkter Demokratie“ mit Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild. „Das Volk ist der Souverän“ (Wahlprogramm zu BT-Wahl 2021 S.12). Historische Bezugnahme auf 1848er Revolution und anti-DDR Revolution 1949.

Bejahung des Rechtsstaats. Jedoch müsse Justiz entpolitisiert werden, u.a. durch mehr Selbstverwaltung.

Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik

Forderung nach neuer „Sozialer Marktwirtschaft“ nach Ludwig Erhard auf der Grundlage nationaler Souveränität und Privatinitiative. Wettbewerb statt Bürokratie v.a. auch EU-Bürokratie; Freihandel. „Seinen wirtschaftlichen Erfolg verdankte Deutschland bisher der Kreativität seiner Erfinder und Ingenieure sowie den mutigen Unternehmern, die in Know-how und Produktionsstätten investiert haben“ (EW-2024, Zeile 660ff.) Höcke in Gera: „Deutschland lebt und gedeiht nicht wegen seiner Rohstoffe, sondern weil unser Volk Techniker, Ingenieure und begabte Erfinder hervorgebracht hat. Bei uns liebe Freunde hier in Deutschland ist fast alles gründlicher durchdacht und verbessert worden als irgendwo anders auf der Welt“.

Für „freiheitliche Privatrechtsordnung“ und „bürgerliche Vertragsfreiheit“, Investitionssteuerung durch den Markt statt Planwirtschaft. Leistung statt Quote. „Unternehmerische Sorgfalt ist ein besserer Ratgeber als politische Ideologie. Planwirtschaftliche Markteingriffe mit Subventionen nach Maßgabe einer sozialökologischen Transformation“ und das Verbot erfolgreicher Industriezweige stellen eine enorme Gefahr für Wohlstand, Freiheit und die Versorgungssicherheit der Mitgliedstaaten dar“ (EW-2024, Zeile 712 ff.).

Förderung von Spitzentechnologien (KI., pharmazeutisch- medizinische Kompetenz, Quantencomputing, Weltraumnutzung); auf nationaler Ebene, jedoch ohne Staatseingriffe. „Selbständigkeit und Erfindergeist fördern“. Entsprechende Schulbildung, Hochschulbildung und Forschung fördern.

„Der deutsche Erfindergeist ist legendär. Heute sind Erfinder aber mobil und wandern oft aus, da sie hier mit Auflagen gegängelt werden und nicht die Entwicklungsunterstützung und Geldgeber finden, die den Aufbau eines Unternehmens fördern“... „Wir wollen mit einem Blue-Deal-Entwicklungsplan Investitionen in Technologie-Führerschaft entfesseln“ (Wahlprogramm zu BT-Wahl 2021, S 43, 44).

Gegen „grüne De-Industrialisierung“ (René Springer, Sprecher für Arbeit und Soziales, 27.9.23). Verhinderung von Abwanderung deutsche Unternehmen ins Ausland. Förderung vor allem von mittelständischen und Klein-Unternehmen. Generell: Mittelstand entlasten.

An Bundesbank: „Staatsgold nach Deutschland zurück“ , Erhalt des Bargelds („wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht“ , EW-2024, Zeile 1034f.).

Raus aus „gescheitertem Euro“, zurück zur DM.

Allgemein: Steuern und Abgaben senken. Keine EU-Steuern. Bei Großkonzernen Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Globale Mindestbesteuerung mit 25 %. Aber keine Finanztransaktionssteuer. Keine Erbschaftsteuer, Grund-; Vermögensteuern.

Land- und Forstwirtschaftspolitik

„Vernunftgesteuerte auf regionale Bedürfnisse ausgerichtete Umwelt- und Landwirtschaftspolitik“ statt EU-Klimapolitik und Lobby. Marktwirtschaftliche Prinzipien. Regionale Tierhaltung. Gegen Windkraftanlagen.

Verbraucherschutz

Aufklärung statt Verbote

Bauen und Wohnen, Wohnungsnot

Mehr Wohnungseigentum fördern. Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften fördern. Ausschließlich in nationaler Zuständigkeit. Gegen EU-Zuständigkeit, bspw. gegen das Gebot, dass ab 2030 nur noch klimaneutrale Wohnungen gebaut werden sollen. Gegen bürokratische Bauvorschriften, bspw. zur Energieersparnis oder wg. Klimaschutz.

Und: „Die Migrationspolitik der EU trägt maßgeblich dazu bei, dass auch in Deutschland der Wohnungsmarkt überlastet ist, die Mieten steigen und Einheimische verdrängt werden. Diese Politik muss umgehend beendet werden“ (EW-2024, Zeile 1448 ff.) Gegen „Umwandlung von Pflegeheimen in Flüchtlingsunterkünfte“ (Bernhard Merz, baupolitischer Sprecher der AfD, 5.10.2023).

Verkehr

„Im Vordergrund steht für uns die Freiheit der Bürger bei der Wahl des Verkehrsmittels. Motorisierten Individualverkehr schützen (EW-2024, Zeile 1323 ff.)“. Transitverkehr auf Schiene.

Flugverkehr stärken. Gegen Tempolimit. „Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten“ (EW-2024, Zeile 1333 ff.).

Klima

Leugnung des menschengemachten Klimawandels: angeblich keine Zunahme von Extremwetterlagen; keine ansteigenden Meeresspiegel. Sogenannte Klimaziele seien wissenschaftlich nicht belastbar. Im Übrigen: „Menschen in Europa haben sich immer an Klimaänderungen angepasst“ (EW-2024, Zeile 1694 ff.). Gegen Klima-Alarmismus und Friday For Future. Gegen „Co2-Hysterie“ (EW-2024, Zeile 1765 ff.). Gegen Verbot von Verbrennungsmotoren; gegen Verschärfung von Abgas-normen; Marktwirtschaft statt Co2-Bepreisung. Gegen Diesel-Verbot. Gegen Verbote von Öl- und Gasheizungen. Gegen EU-Vorgaben. Kernenergieforschung wieder aufnehmen. Kohleverstromung erhalten. „Energieversorgung ohne ideologische Scheuklappen“ (EW-2024, Zeile 279812 ff.).

Sozialpolitik

Allgemein: für „gerechte und faire Sozialpolitik“. Weidel am 27.09.2023 im BT. auch: „Schluss mit der bürgerfeindlichen Verarmungspolitik!“

Aber bspw. gegen Anhebung des Bürgergelds, da diese „die Beschäftigungsbereitschaft herabsetzt“ (René Springer, arbeits- und sozialpolitischer Sprecher 27.09.2023).

Renten: auch Selbständige, Unternehmer und Politiker sollen in gesetzliche Rentenversicherung.

Beschränkung von Sozialleistungen an Migranten.

Gesundheitspolitik

Nur in nationaler Verantwortung; gegen EU-Vorgaben.

„In Deutschland verwandte Arzneimittel müssen ausschließlich in Europa produziert werden“ (EW-2024, Zeile 1920 ff.)

Kein allgemeiner Impfwang. „Stopp aller Corona-Impfungen“ (EW-2024, Zeile 1958).

Keine medizinische Behandlung im Sinne des Gender-Mainstreams. Keine Geschlechtsumwandlung bei Minderjährigen.

„Krankenhäuser nicht weiter privatisieren“ (EW-2024, Zeile 1894). Für Trägervielfalt aus öffentlichen, frei-gemeinnützigen und privaten Trägern.

Familienpolitik“ (EW-2024, Zeile 2032 ff.)

Ausschließlich auf nationaler Ebene. Familie Herzstück der Gesellschaft. Chancengleichheit von Mann und Frau. Unterstützung des Lebens in traditionellen Geschlechterrollen.

Förderung der Familien mit Kindern statt Einwanderungspolitik.

Abtreibung nur in Ausnahmen. Keine Ausweitung der „ausgewogenen Regelung des § 218 StGB“. Keine bezahlte Leihmutterchaft. Gegen „Gender-Ideologie“. Ausweitung des bairischen Familiengelds. Kein Kindergeld ins Ausland.

Bildung und Forschung

Nationale Aufgabe; nein zum „Europäischen Bildungsraum“. Austauschprogramme sinnvoll. Jedoch: „Quotenregelungen für verbesserte Zugangsmöglichkeiten und Abschlussqualifikationen für angeblich benachteiligte und unterrepräsentierte Gruppen widersprechen dem Leistungsprinzip unserer Bildungssysteme. Genau dies ist aber der Ansatz der EU-Kommission, deren ideologische Projekte, die wie Genderismus, Multikulturalismus oder Identitätspolitik, das Leistungsprinzip unseres föderalen Bildungssystems aushöhlen. Die AfD will das hohe wissenschaftliche Niveau der deutschen Universitäten wiederherstellen“ (EW-2024, Zeile 2159 ff).

Duale Ausbildung, Meisterprüfung und duales Studium stärken. Kein Gender-Sprache. Begrenzung der Inklusion. Keine mit Digitalisierung verbundener Einzug von Werbung in Unterricht. Gegen „Ökonomisierung der Bildungsprozesse. Der Lehrer ist und bleibt die wichtigste Bezugsperson für alle Schüler“ (EW-2024, Zeile 2214 ff.).

Forschung keine EU-Aufgabe. „Forschungs- und Innovationsförderung in nationaler Hand oder auf Basis von bi- und multilateralen Abkommen der Mitgliedsländer. Ziel der AfD ist die Stärkung der Autarkie der Mitgliedsstaaten der EU in „Schlüsselindustrien (Wehrtechnik, Energieversorgung, Mobilität, Digitalisierung inkl. Kryptografie, Gesundheits- und Nahrungsmittelversorgung sowie eine Diversifizierung der Grundlagenforschung“ (EW-2024, Zeile 2251 ff.)

Kultur

„Deutsche Leitkultur statt Multikulturalismus“. „Deutsche Sprache Zentrum unserer Identität“ (Grundsatzprogramm unter Ziff. 7)..

„Die Kulturpolitik der EU verfolgt – gemeinsam mit UN-Institutionen und Nichtregierungs-organisationen das Ziel, diese europäische Vielfalt in einer künstlich geschaffenen Einheitskultur aufzulösen. Durch Maßnahmen zur Inklusion, Chancengleichheit, Diversität und Geschlechtergerechtigkeit sorgt man nicht nur für Quoten in der Kulturförderung, sondern erzeugt auch einen ideologischen Konformitätsdruck. Auch der Kampf gegen „Rassismus“ und „Diskriminierung“, von denen die europäischen Gesellschaften angeblich strukturell durchsetzt sind,

wird von der EU vorangetrieben. Das sorgt für ein repressives kulturelles Klima im Sinne einer immer rigideren „politischen Korrektheit“ und für „Cancel Culture“ allen abweichenden Positionen (EW-2024, Zeile 2269 ff.). .

Migration

Allgemeine Forderung: „effektive Begrenzung“; für eine „Festung Europa“;

Unklar wie durchsetzbar; jedenfalls: Abschaffung des Schengen-Abkommens, Verschärfung der stationären Grenzkontrollen, EU-Außengrenzkontrollen, vermehrte Abschiebungen. Entwicklungshilfe an Länder nur noch gegen Verpflichtung zur Rücknahme von Flüchtlingen.

Andererseits: „Bekämpfung der Fluchtursachen“ (hier fehlt jede Konkretisierung!).

Im Übrigen Fachkräftemangel vorrangig durch bessere Ausbildung im Innern und Familienförderung bekämpfen.

Durchgängig: Bedienung von Ressentiments gegen Migranten. Vor allen Ressentiments gegen den Islam (sei kein Teil der europäischen Kultur).

Innere Sicherheit

(nach Kurzprogramm im internet)

allgemein: Polizei stärken, Organisierte Kriminalität bekämpfen, Sicherheit der Bürger verbessern, v.a. durch Maßnahmen gegen Migranten:

Erleichterung der Ausweisung, insbesondere die Wiedereinführung der zwingenden Ausweisung auch schon bei geringfügiger Kriminalität;

Verhängung der Ausweisung bereits durch die Strafgerichte;

Ermöglichung der Unterbringung nicht abschiebbarer Krimineller im Ausland aufgrund bilateraler Vereinbarungen mit geeigneten Staaten;

Die Einbürgerung Krimineller ist zuverlässig zu verhindern u.a. durch Abschaffung des einklagbaren Anspruchs auf Einbürgerung;

Verschärfung der Ausschlussgründe für Einbürgerung bei Kriminalität.

In folgenden Fällen soll eine Rücknahme der Einbürgerung (d.h. Ausbürgerung) erfolgen:

bei erheblicher Kriminalität innerhalb von zehn Jahren nach erfolgter Einbürgerung,

bei Mitwirkung in Terrororganisationen (z.B. IS),

bei Zugehörigkeit zu kriminellen Clans und zwar auch dann, wenn die Rücknahme der Einbürgerung zur Staatenlosigkeit führt.

„Jugendliche Intensivtäter: Die Sicherheitslage verschärft sich vor allem in den deutschen Ballungsgebieten dramatisch. Eine besondere Rolle spielen hierbei junge Täter, denen derzeit ein zahnloses Recht gegenübersteht. Wir fordern daher eine entsprechende Änderung der einschlägigen Gesetze, insbesondere des Haftrechts. Wegen der immer früher einsetzenden kriminellen Entwicklung muss das Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre abgesenkt werden und mit dem Erreichen der Volljährigkeit auch das Erwachsenenstrafrecht Anwendung finden.

Rüstungspolitik, Aufrüstung, Atomwaffen

„Gemeinsame europäische Streitkräfte lehnt die AfD ab und hält an einer umfassend befähigten Bundeswehr als Eckpfeiler deutscher Souveränität fest“ (Grundsatzprogramm unter Ziff. 7). Wiedereinführung der Wehrpflicht.

AfD-Obmann im Verteidigungsausschuss des Bundestags Lucassen schon 2019: „Unsere Bundeswehr wieder aufzubauen, wird unendlich viel Kraft und Geld kosten. 2 Prozent des BIP werden da kaum reichen. Leicht wird das nicht, aber wir werden es machen. Verlassen Sie sich darauf“ (Newsletter Netzwerk Friedenskooperative 2/2019).

Auch Aufrüstung mit Drohnen. Systemführerschaft bei militärischen Schlüsselfähigkeiten:

Die AfD fordert „den Erhalt und Ausbau der wehrtechnischen Fähigkeiten, die Sicherung der in diesem Hochtechnologiesektor bestehenden Arbeitsplätze sowie Planungssicherheit für die deutsche Industrie und unsere Streitkräfte. Dafür müssen unter anderem neue wehrtechnische Programme initiiert werden. Im Rahmen künftiger Rüstungsk Kooperationen bestehen wir auf dem Schutz deutscher Interessen. Unsere Schlüsseltechnologien dürfen nicht an Drittstaaten veräußert werden. Zudem muss auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Finanzierung und der anteiligen Produktion in Deutschland geachtet werden. Bei Schlüsselfähigkeiten muss Deutschland die Systemführerschaft anstreben. Neubeschaffungen von Wehrmaterial sollten vorrangig aus deutscher und europäischer Produktion stammen“ (EW-2024, Zeile 1244ff.)

Atomwaffen. An sich fordert die AfD den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Aber dies „setzt eine Sicherheitspartnerschaft mit den uns umgebenden Atomkräften voraus und sollte in eine globale Sicherheitsarchitektur eingebettet werden, dessen Ziel die vollständige atomare Abrüstung ist“. Keine Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsantrags! Eigene deutsche Atomwaffen offenbar parteiintern umstritten (Lucassen und Junge Alternative dafür; Weidel und Chrupalla dagegen; taz 16.10.2022; Welt 18.10.2022).

Geschichte, insbesondere Stellungnahme zum deutschen Faschismus bzw. Nationalsozialismus

Keinerlei tatsächliche oder gar ideologische Auseinandersetzung mit dem historischen Nationalsozialismus bzw. dem Neofaschismus heute!

Stattdessen: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“ (Grundsatzprogramm unter Ziff. 7)

Antisemitismus, Israel

An sich vermeidet die AfD Auseinandersetzungen mit dem Antisemitismus.

Behauptungen der VVN im Artikel von Thomas Willms „Der schwarze Oktober, in antifa Nov./Dez, 2022“ über direkte antijüdische Ausführungen in Höcke-Rede vom 3.10.2023 waren offenbar falsch. Auch in der nachfolgenden VVN-Broschüre von Thomas Willms „Sein Kampf“ wurden sie nicht für die Rede belegt. Der tatsächliche Text der Rede von Höcke wurde von der VVN schließlich noch korrekt dokumentiert unter file:///C:/Users/admin/Desktop/GESCANNTE%20DATEIEN/AfD/Hoecke-Rede-3.10.2022-Gera_Transkript-bereinigt-1.pdf?type=application/pdf).

Die AfD zeigt andererseits v.a. derzeit eine demonstrative Unterstützung für Israel gegen die „terroristischen Angriffe“ der Hamas. Der außenpolitischen Sprechers der AfD Petr Bystron erklärte schon am 7.10.2023: „Israel und das jüdische Volk haben unsere volle Solidarität“. In der BT-Debatte zur Lage in Israel/Palästina vom 12.10.2023 erklärte Gauland für die AfD im Anschluss an die Regierungserklärung von Bundeskanzler Scholz, die Solidarität mit und die Unterstützung von Israel sei auch deshalb notwendig, weil Israel den Westen und damit auch uns verteidige. Inzwischen hat die AfD im Bundestag - vergebens - auch die Streichung aller Hilfsgelder für die Palästinenser verlangt. Zugleich warnte Weidel am 17.10.2023 vor einem „weiteren Flüchtlingsstrom“ und sprach sich dafür aus, dass keine von Flüchtlinge aus Gaza und dem Nahen Osten“ mehr aufgenommen werden sollen. Für die [pro palästinensischer Kundgebungen](#) in Deutschland machte Weidel im Übrigen die „unverantwortliche Asyl-Migrationspolitik“ der Bundesregierungen verantwortlich (Tagesspiegel 17.10.2023).

DDR, Antikommunismus

in den Programmen keine Auseinandersetzung mit der DDR. Konkret lange Zeit bspw. Forderung nach erhöhten Zuwendungen an DDR-Opfer. Heute kaum ausgesprochene Kritik an DDR - abgesehen von wiederholten Bezugnahmen auf deren Maßnahmen eines „Unrechtsstaats, die nun in der Bundesrepublik wiederholt würden. Auffallend: Höcke schließt seine Rede in Gera am 3.10.2023 unter großem Beifall mit der Formulierung: „Wir halten durch, wir kämpfen zusammen, damit einmal wieder die Sonne schön wie nie über Deutschland scheint“ (nach Nationalhymne der DDR).

Internationale Beziehungen allgemein, Außenpolitik

Keine Einmischung in innere Angelegenheit anderer Staaten.

Besonders wichtig ist es, die internationalen Handelsbeziehungen von Deutschland zu verstärken (EW-2024, Zeile 1703 ff.)

Deutschland soll Sitz in UN-Sicherheitsrat haben.

Militärische Auslandseinsätze nur im Ausnahmefall.

speziell Europa

Für „Europa der Vaterländer; gegen europäischen Bundesstaat. Reform bzw. ggf. Auflösung der EU und des europäischen Parlaments. Keine EU-Steuern. Keine europäische Sozialunion. Kürzung der EU-Beiträge. Aber: „Eine stabile Friedensordnung in Europa bedarf einer ausgewogenen Zusammenarbeit aller europäischen Staaten, deren legitime Sicherheitsinteressen dabei zu berücksichtigen sind“. Rolle der OECD stärken. (EW-2024, Zeile 1118 ff.)

speziell USA

Gute Beziehungen zu USA für Europa und Deutschland wesentlich; „Partnerschaft auf Augenhöhe. Dazu gehört insbesondere die Weiterentwicklung des wirtschaftlichen technologischen und wissenschaftlichen Austauschs“ (EW-2024, Zeile 1150 ff.)

Aber: „Die geopolitischen und ökonomischen Interessen der USA unterscheiden sich jedoch in zunehmendem Maße von denen Deutschlands und anderer europäischer Staaten.“ Beispiel: „massiver Versuch der USA, die Inbetriebnahme von Nordstream zu verhindern.“ (EW-2024, Zeile 1153 ff.)

„Deutschland darf sich nicht durch weichenstellende Entscheidungen der USA gegenüber anderen Mächten in Konflikte hineinziehen lassen. Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA zwingt Deutschland dazu, seine Interessen eigenständig zu formulieren. Dies sollte in möglichst enger Abstimmung mit anderen europäischen Staaten erfolgen“ (EW-2024, Zeile 1161 ff.).

Sehr viel kritischer dagegen der Thüringer AfD-Vorsitzende Höcke - hierzulande allenthalben als Faschist apostrophiert - in seiner Rede in Gera vom 3.10.22: Die USA steckten hinter der Sprengung von Nordstream. Die deutsche Regierung betreibe „US-amerikanische Interessenpolitik“. Sie kaufe nun das siebenfach teurere amerikanische Flüssigkeitsgas mit „gigantischem Gewinn für die amerikanische Volkswirtschaft“ und bei einem „gigantischen Schaden für die Weltökologie“. „Die US-amerikanische Regierung har der deutschen Regierung den wirtschaftlichen Selbstmord befohlen und Scholz & Co führen diesen Befehl aus.“ Wir Deutschen seien bis heute – wie schon Franz-Joseph vor über 40 Jahren einmal sagte „die Stiefelknechte der Amerikaner“. Zugleich wandte sich Höcke in seiner Rede emphatisch an „die friedliebenden und freiheitsliebenden Amerikaner, die den globalen Imperialismus, die den globalen Interventionismus auch nicht wertschätzen.“ Die USA seien „vielleicht auf eine andere Art als wir Deutschen und unser Deutschland auch ein fremdbestimmtes Land“. Durch wen lässt Höcke hier offen - da lässt er offensichtlich doch Raum für antisemitische Aversionen.

speziell Russland/Ukrainekrieg

Die russische Invasion habe viel Leid für die Betroffenen gebracht. Aber den Krieg müsse so schnell wie möglich mit diplomatischen Mitteln beendet werden. „Wegen der geostrategischen Lage Russlands und den historischen und wirtschaftlichen Verflechtungen Russlands auch mit Deutschland ohne Russland kein dauerhafter Frieden in Europa möglich.“ Auch zur Energieversorgung nötig.

Sofortige Aufhebung aller Sanktionen gegen Russland (übrigens auch gegen Syrien!) Instandsetzung und Inbetriebnahme von Nordstream. „Die Beziehungen Deutschlands zur Eurasischen Wirtschaftsunion sollen ausgebaut werden.“ (EW-2024, Zeile 1167 ff.)

Höcke äußert sich in seiner Gera-Rede vom 3.10.2022 dazu sehr viel deutlicher: Seit 100 Jahren sei es „laut dem führenden Geostrategen der USA - George Friedman – das Ziel seines Landes, der USA, ein deutsch-russisches Zusammengehen zu verhindern, weil dann die Gefahr bestünde, dass etwas entstehen könnte, das sogar den globalen Machtanspruch der USA zurückweisen könnte und Widerstand entgegensetzen könnte. Und nun, liebe Freunde, sind wir zum dritten Mal seit Beginn des letzten Jahrhunderts gegen unsere Interessen und gegen die Vernunft gegen Russland aufgestellt, gegen ein Volk, mit dem wir vorzüglich auskommen könnten, sobald Friede herrscht.“ Höcke grüßt dann „das russische Volk herzlich“. „Eingedenk der bitteren Erfahrung und der bitteren Lehren, die wir als Volk erdulden mussten: Wir wollen Frieden. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Wir wollen Frieden mit Russland und Frieden auf der Welt.“ Er schwärmt dann auch noch quasi-völkisch von einer ähnlichen russisch-deutschen „seelischen Prägung“, die angeblich nicht vom Materialismus geprägt sei.

speziell China

laut Europa-Wahlprogramm (EW-2024, Zeile 1182 ff.):

Beziehungen an realpolitischen Interessen orientieren, bilateraler freier Handel.

Beteiligung an Seidenstraßeninitiative (BRI).

Deutscher Beobachterstatus in Shanghai-Organisation SOZ.

In der zweiten Jahreshälfte 2023 werden weitergehende Schritte der AfD in Richtung Zusammenarbeit mit China bekannt, die von dort auch erwidert werden.

Laut DW vom 10.08.2023 schrieb Alice Weidel - die u.a. Mandarin spricht, in China studiert und über das chinesische Rentensystem promoviert hat - auf facebook folgendes: „Während Abrissbirne Habeck das Inland abwirtschaftet, schlägt Baerbock uns im Ausland einen weiteren Sargnagel ein. In ihrer Selbstüberhöhung düpiert sie China, unseren wichtigsten Handelspartner.“

Anfang Juli 2023 reiste eine AfD-Delegation unter Führung von Alice Weidel auf Einladung des chinesischen Außenministeriums für eine Woche nach China – fast gleichzeitig mit Sevim Dagdelen, die offenbar auch im Hinblick auf die Gründung des Wagenknecht-Parteivereins China besucht. In einem interview mit Global Times erklärte Weidel laut [https://www.rnd.de/politik/alice-weidel-in-peking-...vom 7.07.2023](https://www.rnd.de/politik/alice-weidel-in-peking-...vom-7.07.2023) u.a.: der Westen habe einen „historischen Fehler“ begangen, die Nato-Osterweiterung voranzutreiben und Russland nicht mit einem Neutralitätsstatus für die Ukraine und das Baltikum zu beruhigen.

Laut dem Pressedienst *rnd* brachte die „Global Times“ schon im November 2022 ein langes Interview mit dem AfD-Europaabgeordneten und jetzigen EU-Spitzenkandidaten Maximilian Krah. Mit Blick auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine sagte Krah: „Die Kriege Amerikas zu führen liegt nicht in

unserem Interesse und nicht im Interesse der Ukrainer.“ Eine Zusammenarbeit Russlands, Chinas, Brasiliens und der EU werde attraktiver „als ein neuer Kalter Krieg unter der Führung der USA“. Krah befürwortet auch im Europaparlament eine stärkere Zusammenarbeit mit den BRICS-Staaten. Krah hat sich in Riesa auch für eine deutsch-chinesische Städtepartnerschaft eingesetzt.

Der Nachrichtendienst t-online.de spricht nun am 1.10.2023 von einem „China-Gate Krahs“ und unterstellt - was von Krah bestritten wird – finanzielle Zuwendungen aus China, und spricht weiter von der AfD als einer „vermeintlich antikommunistischen Partei“ (vgl. auch FAZ online vom 2.10.2023)..

Imperialismus, multipolare Ordnung

Der Begriff Imperialismus wird in den zitierten Programmen der AfD nicht verwendet. Stattdessen heißt es im Europa-Wahlprogramm: „Die Welt befindet sich im Umbruch zu einer multipolaren Ordnung, die vor sicherheitspolitische Herausforderungen stellt und neue Regeln erfordert. Auch in dieser veränderten Ordnung werden globale und regionale Großmächte um Vormachtstellungen ringen. Deutschland und Europa dürfen sich dabei nicht zu Gefolgsleuten einer Großmacht reduzieren lassen (EW-2024, Zeile 1215 ff.) Die AfD strebt die Neufassung der europäischen Zusammenarbeit an. Vor diesem Hintergrund soll es auch zukünftig eine eng abgestimmte europäische Außenhandelspolitik geben. Wir befürworten eine Reform der Welthandelsorganisation (WTO) und eine verstärkte Zusammenarbeit beispielsweise mit den BRICS-Staaten oder regionalen Organisationen wie ASEAN und Mercosur“ (EW-2024, Zeile 1257 ff.)

Höcke allerdings spricht in seiner Rede von Gera vom „globalen Imperialismus“ der USA. - ohne jede „Äquidistanz“!